

Stabilität und Prosperität – dank Bilateralen III?

Wo stehen die Verhandlungen beim Paket der Bilateralen III? Welche Gründe sprechen für, welche gegen ein Abkommen, und welche Spielräume bestehen auf beiden Seiten, um Verhandlungen erfolgreich abzuschliessen zu können? Diese Fragen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am metrobasel Sommeranlass in der vollbesetzten Kundenhalle der UBS in Basel.

In ihren Begrüßungsworten betonten **Dr. Hans-Peter Wessels, Präsident metrobasel, Dr. Conradin Cramer, Regierungspräsident Basel-Stadt**, sowie **Gerhard Schneider, Leiter Marktgebiet Basel-Stadt UBS**, die grosse Bedeutung stabiler Verhältnisse zur EU wegen der engen Beziehungen in der Metropolitanregion Basel zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich.

Regula Ruetz, Direktorin metrobasel, stellte bei der Einführung ins Thema einige Fragen in den Raum. Ist unser Neutralitätsverständnis noch zeitgemäss? Gefährden die Bilateralen III wirklich unsere Neutralität? Kann die Schweiz bei der Energie überhaupt autonom sein? Wie schafft es die Schweiz, genügend geeignete inländische Fachkräfte für die Wirtschaft und gesellschaftliche Aufgaben zu rekrutieren? Die Schweiz habe sehr von den bilateralen Verträgen profitiert, indem diese Wohlstand gebracht hätten. «Anstatt uns gegen jede Veränderung zu stellen, müssen wir uns vielmehr der grundsätzlichen Frage stellen, was wir eigentlich wollen und zu welchem Preis», gab Regula Ruetz zu bedenken.

«Common Understanding» als Grundlage

In seinem Inputreferat zeigte **Staatssekretär Alexandre Fasel**, als oberster Diplomat der Schweiz auch für die Verhandlungen mit der EU zuständig, anschaulich auf, welche Unterschiede zwischen dem gescheiterten institutionellen Rahmenabkommen und dem jetzt zur Diskussion stehenden Verhandlungspaket «Bilaterale III» bestehen. Beim Rahmenabkommen sei vor lauter Bäumen der Blick für den Wald verloren gegangen. Die Schweiz und die EU seien als Verhandlungspartner nicht im «gleichen Film» gewesen. Er verglich das mit zwei Mannschaften, die sich auf einem Feld treffen, die eine mit der Annahme, es gehe um ein Fussballspiel, die andere, es werde zu einem Orientierungslauf gestartet. Grundlage für die neuen Verhandlungen, die am 18. März begonnen haben, ist ein «Common Understanding», das die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU festhält. Auch wenn das Verhandlungsmandat des Bundesrats Abweichungen von diesem «Common Understanding» aufweist, gehen die beiden Verhandlungsparteien jetzt gemäss Alexandre Fasel von der gleichen Ausgangslage aus.

14 Verhandlungstracks

Das Verhandlungspaket der Bilateralen III umfasst unter anderem die Aktualisierung der fünf bestehenden Binnenmarktabkommen, Personenfreizügigkeit (FZA), Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA), Landverkehr, Luftverkehr sowie Landwirtschaft. Zudem sollen zwei neue Binnenmarktabkommen für Strom und Lebensmittelsicherheit abgeschlossen werden. In den Bereichen Forschung, Bildung und Gesundheit sieht das Paket Kooperationen mit der EU vor. Darüber hinaus sind die Wiederaufnahme des Regulierungsdialogs im Finanzbereich sowie eine Verstetigung des Schweizer Kohäsionsbeitrags geplant.

Die Verhandlungen finden in 14 sogenannten Verhandlungstracks statt. Diese zum Abschluss zu bringen, brauche gemäss Alexandre Fasel Zeit. Die Qualität sei der entscheidende Faktor. Es gehe darum, 40 Gesetze anzupassen. In allen 14 Verhandlungstracks müssen für bestehende

Differenzen tragfähige Kompromisse gefunden werden. «Wir müssen uns bei der Lösungssuche auf dem mittleren Brett im Gestell finden», so Fasel.

Baden-Württemberg setzt sich für die Schweiz ein

Staatssekretär Florian Hassler vom Staatsministerium Baden-Württemberg stellte in seinem Inputreferat gleich zu Beginn fest, dass die Schweiz für Baden-Württemberg der wichtigste Aussenhandelspartner sei. Die Schweiz stehe vom Volumen her auf dem gleichen Niveau wie China. Er betonte die exzellente Wissenschafts- und Forschungskompetenz im trinationalen Grossraum Basel. Baden-Württemberg und die Schweiz hätten alemannische Wurzeln und daher ähnliche Wirtschaftsstrukturen aufgebaut. Die Zusammenarbeit sei vorzüglich. Die Bilateralen Verträge seien ein Erfolgsmodell, auch wenn Florian Hassler nicht verhehlen konnte, dass der EWR die noch bessere Lösung gewesen wäre. Obwohl auch Baden-Württemberg längst nicht mit allen Entscheidungen aus Brüssel einverstanden ist (z.B. Beihilfen-Regime), gibt es für ihn keine Alternative zum EU-Binnenmarkt. Bei der Neuregelung des Verhältnisses der Schweiz zur EU sind für Hassler die dynamische Rechtsübernahme und Streitbeilegungsregelungen zwingende Inhalte. Es brauche diese rechtlichen Klärungen. Im Rahmen der Verhandlungen der Schweiz mit der EU will sich Baden-Württemberg für die Anliegen der Schweiz in Brüssel stark machen. Es sei das gemeinsame Ziel, in der Grenzregion Hürden abzubauen. Baden-Württemberg könne glaubwürdig die Rolle der Brückenbauerin und «Übersetzerin» übernehmen. Es brauche die Kompromissbereitschaft der EU und der Schweiz. Baden-Württemberg bleibe ein guter Partner.

Nutzen der Personenfreizügigkeit ist umstritten

In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von **Prof. Dr. Rolf Dornberger, Leiter des Instituts für Wirtschaftsinformatik und Management Board der FHNW, mit Florian Hassler, Monika Rühl, Direktorin economiesuisse, Dr. Annette Luther, Head International Government Relations at Roche, Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin und Präsidentin Handelskammer beider Basel** sowie **Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Wirtschaftswissenschaftler, Universität Freiburg**, stand nicht überraschend die Personenfreizügigkeit im Zentrum. Alle Podiums-Teilnehmenden befürworteten grundsätzlich offene Güter- und Dienstleistungsmärkte. Für Monika Rühl ist die Personenfreizügigkeit ein Erfolgsmodell, das die Bevölkerung in mehreren Volksabstimmungen immer wieder mit klaren Mehrheiten bestätigt hat. «Die Personenfreizügigkeit ist politisch akzeptiert», stellte sie klar und deutlich fest. Die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte erfordere eine Zuwanderung. Andernfalls können nicht einmal die bestehenden Arbeitsplätze in der Schweiz gehalten werden. Auch Elisabeth Schneider-Schneiter ist überzeugt, dass die Wirtschaft ohne Wachstum schrumpfen wird. Weil die neue Verhandlungsrunde mit der EU besser vorbereitet sei, ist sie überzeugt, dass sie zu einem politisch tragfähigen Ergebnis führen wird. Ein weltweit tätiger Konzern wie Roche sei auf offene Arbeitsmärkte angewiesen, hielt Annette Luther fest. Roche will für die besten Forscherinnen und Forscher auf der ganzen Welt attraktiv sein. Bürokratische Hemmnisse auf dem Arbeitsmarkt seien dafür schädlich. Sie machte noch einmal deutlich, dass die Exporte der chemischen und pharmazeutischen Industrie einen Anteil von 40% an den gesamten Exporten der Schweiz ausmachen, davon gehen 50% in den EU-Raum. Damit stehe für die Schweiz und die Region Basel viel auf dem Spiel.

Als «Advocatus Diaboli» vertrat Professor Reiner Eichenberger eine diametral andere Meinung. Die Personenfreizügigkeit bringe der Bevölkerung nichts. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf sinke wegen der starken Zuwanderung stetig, was nichts anderes als einen Wohlstandsverlust für die Menschen bedeute. Die Lebensqualität der «Normalbürger» hänge stark vom Bruttoinlandprodukt pro Kopf ab, für das Wohl einer gewissen Elite zählen hingegen vor allem das gesamte Bruttoinlandprodukt und die Bevölkerungsgrösse. Die Zuwanderung blähe die

Wirtschaft nur auf. Die Kosten für Infrastruktur, Wohnen und Energie steigen. Die bisherigen Einwohner der Schweiz seien die Verlierer, weil sie diese Kosten zu tragen haben. Die Folgen des zu raschen Bevölkerungswachstums seien eine Regulierungswut auf dem Arbeits-, Wohn-, Energie-, Mobilitäts- und Bildungsmarkt, was deren Funktionsfähigkeit unterwandere.

Die Thesen von Reiner Eichenberger fanden bei den übrigen Podiums-Teilnehmenden keine Zustimmung. Seine Argumente werden aber bei einer Volksabstimmung über ein neues Abkommen mit der EU ernst zu nehmen sein.

Einig war sich das Podium, dass die Schweiz auch künftig Zuwanderung brauchen wird und ihr Verhältnis zur EU wieder nachhaltig regeln muss.

Melchior Buchs